

## Antrag

der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

### Die Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes

Der Landtag stellt fest:

Brandenburgs Gleichstellungspolitik ist erfolgreich, was vor allem die hohe Erwerbstätigenquote von Frauen im Land Brandenburg im Vergleich mit anderen Bundesländern in Ost- und Westdeutschland unterstreicht. Schon mit der Gründung des Landes Brandenburg wurde mit der Aufnahme des politischen Ziels der Gleichstellung der Geschlechter in die Landesverfassung dafür der Grundstein gelegt, wie hier auch das Politikfeld „Frauen und Gleichstellung“ administrativ verankert wurde. Auf dem Erreichten soll nicht ausgeruht werden. Zur Untermauerung aktueller und zukünftiger Herausforderungen hat die rot-rote Koalition die Weiterentwicklung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm für das Land Brandenburg als Ausdruck und Grundlage einer Ressort übergreifenden Landespolitik fortzuschreiben. Ziele und Handlungsschwerpunkte sollen dabei konzentriert, verdichtet, verzahnt und überschaubarer gemacht werden.

Das fortgeschriebene Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm soll

- Ziele und Handlungsschwerpunkte formulieren und einen Katalog von Maßnahmen, die der Zielerreichung dienen, beinhalten,
- an der Lebensverlaufsperspektive von Frauen orientiert sein und spezifische Lebenssituationen von Mädchen beachten,
- aktuelle gleichstellungspolitische Herausforderungen, die aus der konkreten Lebenssituation von Frauen und Mädchen resultieren, berücksichtigen,
- die Ergebnisse des Berichtes „Gleiche Chancen für Frauen und Männer – eine Zwischenbilanz zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2011 – 2014“ und die ersten Erfahrungsberichte aus aktuellen Regionalgesprächen des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, welche vor Ort in Zusammenarbeit mit den regionalen Gleichstellungsbeauftragten durchgeführt wurden, aufnehmen,
- Jungen und Männer dort mit in den Blick nehmen, wo es für sie gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf gibt und

- insbesondere die Lebensbereiche Gesundheit/ Gesunderhaltung, Bildung/ Berufsorientierung/ Ausbildung, Arbeit, Familie und Partizipation aufgreifen.

Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder (LAP) ist als gesonderter Bestandteil des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms fortzuschreiben. Der LAP soll in konzentrierter Darstellung Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von insbesondere häuslicher Gewalt beinhalten. Besonderes Augenmerk ist auf

- den Erhalt und die Weiterentwicklung des guten Netzes an Beratungs- und Zufluchtsangeboten,
- eine verstärkte Kooperation von Frauenschutz, Kinderschutz und Jugendhilfe,
- die Entwicklung eines Konzeptes zur Täterarbeit nach guten Beispielen anderer Bundesländer

zu richten.

Der Landesregierung wird empfohlen, im Rahmen der Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für sich ein Leitbild zu entwickeln, welches dokumentiert, dass die Gleichstellung von Frau und Mann ein wichtiges Ziel in allen Politikfeldern bleibt und dass Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe verankert ist (konsequente Anwendung des Gender-Mainstreaming-Prinzips).

Die Umsetzung des fortgeschriebenen Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms soll in einem breiten Beteiligungs- und Kommunikationsprozess (zum Beispiel Weiterführung regionaler Gespräche und Veranstaltungsreihen) erfolgen und durch gute Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten als wichtige Akteurinnen auf regionaler und lokaler Ebene sind dabei angemessen zu beteiligen und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Begründung:

Die Hälfte der Brandenburger Bevölkerung ist weiblichen Geschlechts, das hohe Alter ist aus demografischer Sicht von einem sog. Frauenüberschuss geprägt. Die bisherige Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern hat bei der Sicherung von gleichen Chancen für beide Geschlechter viel erreicht. Nun gilt es, diesen gleichstellungspolitischen Weg modern, offenen und erfolgreich weiter zu gehen. Ziel ist es, noch vorhandene strukturelle Benachteiligungen von Frauen und Mädchen weiter abzubauen. Im 21. Jahrhundert dürfen Geschlecht, Familienstand, sexuelle Orientierung sowie Lebenssituation und -planung keine nachteiligen Möglichkeiten und Chancen im beruflichen, privaten und gesellschaftlichen Bereich mit sich bringen. Die Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes einschließlich des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder (LAP) und dessen Umsetzung kann hierfür eine Grundlage sein.

Mike Bischoff  
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers  
für die Fraktion DIE LINKE